

Forstenried: Durchstich der Stäblistraße durchläuft das Genehmigungsverfahren

Rüsten für den ultimativen Kampf

Bürgerinitiative ist sicher: „Die Pläne haben beste Chancen, wieder vor dem Richtertisch zerbröseln zu werden“

Von Renate Winkler-Schlang

Die Bürgerinitiative Forstenried, in der sich die Gegner des Durchstichs der Stäblistraße zusammenfinden, rüstet sich zum letzten, entscheidenden Kampf, dem Planfeststellungsverfahren – in dem noch bis 15. Dezember Einsprüche möglich sind. „Wir sind in diesen Tagen viel draußen an den Infoständen“, sagt Armin Seemüller, Sprecher der Initiative. Dabei erlebe er immer wieder Das-kommt-doch-nicht-Sager, auch Da-kann-man-nichts-machen-Sager und sogar die Bis-das-kommt-lebe-ich-nicht-mehr-Sager. Hinzu kämen einige, die nicht verstehen, dass sie nun nach all ihren Einsprüchen bei Bürger- und Einwohnerversammlungen und im städtischen Bebauungsplanverfahren noch einmal ihre Gegenargumente zu Papier bringen müssen.

Daher rief die Initiative kurzfristig zur Informationsveranstaltung mit ihrem Rechtsanwalt Eike Schönefelder, um allen Betroffenen Argumente und Tipps für ihren Einspruch zu vermitteln. Der

Bürgersaal war fast voll, der Stand mit Materialien und Flugblättern dicht umringt, die Stimmung eher konzentriert als laut kämpferisch.

Seemüller und Schönefelder erklärten die drei Stränge des Verfahrens: Die gesamte Trasse zwischen Wolfratshausener Straße und Neurieder Kreisel sei bereits zur Staatsstraße aufgestuft worden, doch hiergegen hätten einige Anlieger Klage erhoben – mit aufschiebender Wirkung. Der von der Stadt verfasste Bebauungsplan sei fertig zum Beschluss durch den Stadtrat, ein Termin hierfür nicht bekannt. Der Anwalt nannte es „feige“, dass der Stadtrat die Regierung von Oberbayern mit dem Planfeststellungsverfahren, das die konkrete Ausführung festlegen soll, die „dreckige Arbeit“ machen lasse. Die Grünen und die Freien Wähler, die im Stadtrat gegen den Durchstich votiert hatten, nahm er explizit aus.

Den Planfeststellungsbeschluss müsse man vor allem verhindern, weil dieser die Grundlage für Enteignungen beinhalte, erklärte Schönefelder. Die beste Chance mit ihren Einsprüchen hätten die

„Grundstücks-Betroffenen“, die auf oder an dem Neubaustück wohnen. Ihnen stehe das breiteste „Rüge-Spektrum“ offen. Ein Manko der Planfeststellungsunterlagen sei, dass diese die heute „paradiesischen Zustände, die mit dem Durchstich in ein Inferno verwandelt würden“, gar nicht dokumentierten. Dabei spiele der Grad der Veränderung von Lebensumständen eine große Rolle.

Ein weiterer Ansatzpunkt sei sicherlich die geplante Höhe der Lärmschutzwände, die aus Rücksicht auf das Stadtbild nicht so groß ausfallen sollen wie aufgrund der errechneten Lärmwerte nötig wäre. Da werde ein passiver Lärmschutz wie Schallschutzfenster alleine nicht ausreichen. Die Planer sprächen von hoch absorbierendem Material der Wände, ließen aber offen, ob diese Eigenschaft auch der obere, transparente Teil aufweisen werde. Auch auf den Trenneffekt der Lärmschutzwände könnten die Einsprüche Bezug nehmen, riet der Anwalt weiter: „Der Stadtrat sollte schamrot werden“, urteilte er. Besonders betroffen seien auch all die Anlieger, die

keinen Lärmschutz erhalten sollen, darunter nicht zuletzt die alte Schule.

Sven-Uwe von Walter referierte über Feinstaub- und Stickoxid-Grenzwerte und über Gesundheitsgefahren durch Lärm und gab so den Anwesenden Denkanstöße für ihren Einspruch. Die Bürger wollen bei ihren Einwänden auch die Verkehrsgutachten anzweifeln, etwa den unterdurchschnittlich niedrig angenommenen Anteil von Lastwagen.

Ronald Rilling erklärte, seit acht Tagen verbringe er jeweils zehn Stunden mit den 84 Dateien der Planfeststellungsunterlagen und er werde die rund 150 Fehler, die er entdeckt habe, auf die Homepage der Initiative www.bi-forstenried.de stellen. Er habe beobachtet, dass immer mehr Stäbli-Befürworter umkippen – nun, da es wirklich ernst werde. Schönefelder sagte, die Pläne hätten „beste Chancen, wieder vor dem Richtertisch zerbröseln zu werden“: Dass zur Entlastung weniger an der Liesl-Karlstadt-Straße künftig viele auf der anderen Route belastet werden sollten, sei grundsätzlich der falsche Ansatz.